

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Cagedblatt Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Weggegründet: Durch einen  
Besitz hat im Jahre 1861  
1,10 Mt. bei der Verstaatlichung  
übergeben monatlich 2,00 Mt. bei  
der Verstaatlichung und 1,10 Mt. bei  
der Verstaatlichung 2,30 Mt. monatlich  
1,10 Mt. durch den Verstaatlichung  
hat im Jahre 1861 monatlich 1,10 Mt.  
übergeben in den Nachmittagsstunden  
mit Ausnahme der Sonntage und  
Feiertage. Unsere Zeitungsbeilage  
wird in Ausnahmefällen, sowie  
alle Postanstalten und Briefträger  
nehmen Bestellungen entgegen

Postanweisung: Die Post  
anstalt für den Auergebirge  
hat im Jahre 1861 monatlich  
übergeben in den Nachmittagsstunden  
mit Ausnahme der Sonntage und  
Feiertage. Unsere Zeitungsbeilage  
wird in Ausnahmefällen, sowie  
alle Postanstalten und Briefträger  
nehmen Bestellungen entgegen

Nr. 258

Dienstag, den 5.

13. Jahrgang

### Gewaltige feindliche Durchbruchversuche zwischen Schelde und Dise vereitelt.

#### Zur inneren Lage.

Der Kaiser's Ansprache an die Staatssekretäre.

Staatssekretär Haußmann veröffentlicht die Ansprache, die der Kaiser am 21. Oktober bei dem Empfang der neuen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre an diese richtete. Der Kaiser führte damals u. a. aus: „In den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges ist uns die Aufgabe gestellt, den Bau des Reiches im Innern durch neue und breitere Grundlagen zu sichern. Die Erschütterungen des Weltkrieges haben uns erkennen lassen, wo die Stützen des uns alle schirmenden Hauses schwach und veraltet sind, wo sie der Erneuerung bedürfen. Sie haben uns aber auch die neuen quellenden Kräfte zur Anschauung gebracht, die in unserem Volke zum Vorschein kommen. Der neuen Zeit soll eine neue Ordnung entsprechen. — Diesen Entschluß habe ich in einer Reihe von Rundgebungen bekräftigt. In umfassender Weise soll das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken, an politischer Freiheit keinem Volk der Erde nachstehend; an innerer Tätigkeit und fester Staatsgesinnung seinen Vergleich scheuend. Mit Ihnen, meine Herren, die ich heute als meine Mitarbeiter begrüße, weih ich mich eins in dem heiligen Willen, das Deutsche Reich aus der Not dieser Zeit zu einer ruhigen und friedlichen Entwicklung zurückzuführen.“

Der Reichskanzler über das neue Deutschland.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden empfing den jüngst in Berlin weilenden Direktor des Holsteinischen Rheinischen Bureau's, Herrn Heben, aus dem Haag, und erklärte u. a.:

„Was Sie heute in Deutschland, im Reich sowohl wie in den Bundesstaaten vor sich sehen sehen, ist das Ergebnis einer stillen, unterirdischen Bewegung vieler Jahre. Der Krieg und das praktische Jugendschicksal der militärischen und konservativen Führer, das ihre Politik Schritt für Schritt gelitten hat, haben jene Bewegung lediglich in außerordentlicher Weise gestärkt und den demokratischen Elementen endgültig die Oberhand gegeben. Die demokratische Idee hat nunmehr ihren siegreichen Einzug in Deutschland gehalten, um hier bodenständig zu werden und sowohl im Reich als auch in den Bundesstaaten für alle Zeiten zu herrschen. Der Wechsel ist daher nicht unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse vorgenommen worden, sondern ist tief im Volkswillen begründet. Jeder Zweifel an der Ausführlbarkeit dieser Systemänderung wird durch die Tatsache behoben, daß sie fest in der Reichsverfassung verankert ist.“

Der Kanzler äußerte sich dann eingehend über die neue verfassungsmäßige Stellung des Kaisers und seines verantwortlichen Ratgebers. Er sagte darüber: „Wie Sie wissen, war der Kaiser bisher lediglich der das Vertrauen des Kaisers besitzende Reichskanzler. Nach der abgeänderten Reichsverfassung kann dagegen niemand zum Kanzler ernannt werden, der nicht das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags genießt, und er kann nur solange im Amt bleiben, als er dieses Vertrauens sicher ist. Sie werden diesen äußerst weitgehenden Wechsel in unserem öffentlichen Leben voll verstehen — ein Wechsel, der nicht, wie in anderen parlamentarisch regierten Ländern auf Herkommen beruht, sondern sich auf eine ausdrückliche Bestimmung der Verfassung gründet. Sie wissen natürlich, daß in der neulichen Reichstagslösung zum ersten Male in ihrer Geschichte zugunsten der neuen Regierung und ihrer erklärten Politik ein formelles Vertrauensvotum erteilt wurde. Wenn in Zukunft der Reichstag einmal ein Misstrauensvotum beschließen sollte, so würde der Reichskanzler gezwungen sein, sofort zurückzutreten.“

Deutschland und der Bolschewismus.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in einem Artikel: „Die russische Vertretung in Berlin und der Bolschewismus“ u. a.: Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Die deutsche Presse hat sich in den letzten Tagen in auffälliger Weise mit der hiesigen russischen Vertretung beschäftigt und sie als ein gefährliches Zentrum bolschewistischer Agitation in Deutschland hingestell-

stelt, dessen man sich baldigst entledigen müsse. Der deutschen Regierung wird darauf der Vorwurf gemacht, daß sie diese Treibereien dulde und der drohenden furchtbaren Gefahr gegenüber die Augen verschleße. Von einem Blatt ist außerdem unter Zurückgreifung auf den Mord an den kaiserlichen Gesandten Grafen Mirbach der Vorwurf erhoben worden, daß die Regierung nicht energisch auf eine Sühnung dieses furchtbaren Verbrechens bestanden habe, sondern es sich gefallen lasse, daß die Mörder und die Anstifter bisher frei ausgegangen sind.

Gegenüber diesen Vorwürfen muß darauf hingewiesen werden, daß die Regierung weder das Streben der bolschewistischen Regierung nach Erreichung einer Revolution in Deutschland außer Acht läßt, noch die nachsichtige Behandlung der Mörder des Grafen Mirbach ruhig hingelassen hat. Allerdings muß zur Klärung der Presseäußerungen bemerkt werden, daß die darin enthaltenen Angaben über das Treiben der hiesigen russischen Vertretung zum Teil nicht den Tatsachen entsprechen, zum Teil gänzlich unrichtig sind. Was die Sühnung des Mordes am Grafen Mirbach anbelangt, so hat die deutsche Regierung der russischen keine Zweifel darüber gelassen, daß die bisherige Verfolgung der Angelegenheit von ihr als unzureichend betrachtet wird und daß Deutschland auf einer nachhaltigen Verfolgung der Mörder und Anstifter bestanden werden muß. Auch diese Angelegenheit hat also noch nicht ihren Abschluß gefunden.

Das „S. Z.“ meldet: Unter der Berliner Bevölkerung und besonders unter den Soldaten in den Berliner Straßen wird ein Fieber verbreitet, der die Unterschrift „Arbeiter- und Soldatenrat“ trägt. Der Fieber ist, die Soldaten zum Ungehorsam gegen militärische Befehle aufzumachen und auf diese Weise das Reich wegzulassen. Von welchen Kreisen diese Aufforderung ausgeht, ist uns nicht bekannt. Daß die unabhängige Sozialdemokratie daran auch nur indirekt beteiligt sein sollte, halten wir nach Lage der Dinge für ausgeschlossen. Offenbar handelt es sich um eine gefährliche Spielerei einiger Phantasten, die sich von den russischen Vorgängen haben die Köpfe verwirren lassen.

Die sozialdemokratische Parteileitung an die Arbeiter. In Berlin sind von unbekannter Seite Flugblätter verbreitet worden, die die Arbeiter dazu auffordern, die Arbeit einzustellen und auf die Straße zu gehen. Die sozialdemokratische Parteileitung gibt nun auf, was alles gegenwärtig seitens der Reichsleitung geschieht und schon geschehen ist, um den Frieden und die innere Neuordnung herbeizuführen und warnt die Arbeiter vor allen unbedonnenen Schritten.

Wesungensbefreiungsverhalten der Unabhängigen.

Die unabhängigen Sozialdemokraten in München stellten am Sonntag eine Versammlung auf der Theresienwiese ab, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Nach einer Ansprache von Kurt Eisner zogen sie nach Stadtheim, wo sich das Stadtgefängnis befindet, und verlangten die Freigabe einiger Gefangenen. Der herbeigekommene Staatsanwalt erklärte, nach Weisung an das Reichsgericht telegraphiert und die Freigabe befristet zu haben. Vor morgen wäre aber keine Antwort zu erwarten. Den Polizeipräsidenten Weß, der gleichfalls in Stadtheim angekommen war und eine Ansprache an die Versammelten halten wollte, ließ man gar nicht zu Worte kommen. Die Menge zerstreute sich schließlich und erklärte, bis Montag 9 Uhr freilich abwarten zu wollen, dann aber werde die Freigabe erzwungen werden.

Eine Fürstendebatte im weimarschen Landtag. Großherzog und Oberbürgermeister.

In der letzten Vollversammlung des außerordentlichen Landtags des Großherzogtums Sachsen-Weimar, an dem die Minister vollständig teilnahmen, kam es gelegentlich des Beginnes der Beratungen über die Neuorientierung zu Auseinandersetzungen, die man noch vor wenigen Monaten gerade an dieser Stelle für völlig unmöglich gehalten hätte. Wesentlich der Begründung des Votrages der Äußersten wiesen auf Neuorientierung, die dem sozialistischen Abgeordneten Waudert — der auch Vertreter des 1. weimarschen Wahlkreises im Reichstag ist — oblag, nahm dieser bei der Forderung nach Aufhebung der Privilegien und vornehmlich der Steuerfreiheit der Fürsten im allgemeinen und des

Großherzogs Wilhelm Ernst von Weimar im besonderen scharf Stellung gegen die Persönlichkeit des Landesherren und sein Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit. Das wiederholt geäußerte Verlangen auf Beseitigung der Steuerfreiheit und anderer Privilegien des Großherzogs führte Waudert in erster Linie auf dessen hochgradige Unpopularität im ganzen Lande zurück und scheute sich nicht, ziemlich unerbittlich den Rücktritt des Großherzogs als wünschenswert erscheinen zu lassen. Als besonders charakteristisch führte der Abgeordnete ein Vorkommnis gelegentlich der Hundertjahrfeier des Geburtstages des Großherzogs Karl Alexander im großherzoglichen Hoftheater an. Damals ließ nämlich — die Sache wurde trotz ungeheurer Empörung in allen Wärdertreuen Weimars von der Lokalpresse totgeschwiegen — der Großherzog den Oberbürgermeister der Stadt Weimar, der zugleich Mitglied des Kirchengemeindevorstandes ist, nach der großherzoglichen Aoge befehlen und fangelte ihn wegen des Widerstandes des Kirchengemeindevorstandes gegen eine unrechtmäßige Besetzung von bösscher Seite bewirkte Berufung eines neuen ersten Geistlichen nicht nur in einer Weise ab, die gegenüber dem ersten Vertreter der Stadt unerhört ist, sondern bedachte den Oberbürgermeister mit Ausdrücken, die der Abgeordnete wegen ihrer unglaublich unparlamentarischen Note sich heute, im Landtag auch nur andeutungsweise zu wiederholen. — Die Ausführungen des Abgeordneten im Landtag wurden nach dem Verichte des „S. Z.“ zwar vom Präsidenten auf Grund der Geschäftsordnung, nach der die Person des Landesherren aus der Debatte zu bleiben hat, unterbrochen, doch betonte demgegenüber der Abgeordnete, daß er nur das gesagt habe, was vollkommen der Wahrheit entspreche. Auf den Tribünen wurden die Ausführungen mit größter Spannung verfolgt.

Stundengängen Unabhängiger in Stuttgart.

In Stuttgart fand gestern vormittag eine große Kundgebung der unabhängigen Sozialdemokraten statt. Ein Zug von vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, die ihre Arbeit in den Daimler- und Messingwerken niedergelegt hatten, versammelten sich mit roten Fahnen und Plakaten mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die sozialdemokratische Republik!“ Auf dem Stuttgarter Schloßplatz hielt der Vorsitzende der Partei Siegfried Kuel Reden, in denen das Aktionsprogramm der Unabhängigen mitgeteilt wurde. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Bei den Ansprachen wurde mitgeteilt, daß die Waffenstillstandsbedingungen bereits in Berlin eingetropfen seien, daß die Regierung sie aber noch nicht bekanntgibt. Der große Zug ging dann vor das Ministerium des Innern, wo der Führer der Partei und der Arbeiterrat den Minister des Innern zu sprechen wünschte. Minister v. Köhler bewilligte zuerst die Vorlesung des Führers der Partei, mußte sich aber dann der Gewalt fügen. Der Arbeiterrat legte dem Minister das bolschewistische Aktionsprogramm mit der Forderung sofortiger Entscheidung darüber vor. Der Minister hat sich Bedenken über die Durchführung des Aktionsprogramms gemacht. Die Demonstranten beschloßen, nachmittags 8 Uhr wieder vor das Ministerium des Innern zu gehen, um die Antwort des Ministers zu hören. Inzwischen sind auch die Arbeiter der Firma Körber & Co. in den Ausstand getreten und werden sich der Demonstration am Nachmittage anschließen.

Karotten in Kiel.

Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, ist es am Sonntag zu Unruhen gekommen. Am Nachmittage fand auf dem großen Werftplatz eine Versammlung statt, an der sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten und auf der ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus dem Vergnügungstotal Waldstraße herausholte, das dort erheblich zerstört und sich verschiedener Waffen bemächtigte. Der Zug begab sich nun zur militärischen Versteckung. Die vom 8. Geschwader wegen schwerer Gehorsamsverweigerung dort untergebrachten Gefangenen sollten mit Gewalt befreit werden. An der Ecke der Karl- und Brunsviger Straße war die Straße durch Militär abgesperrt. Der befehlgebende Offizier forderte die Menge auf, auseinanderzugehen.

gesprochen  
r. Aber  
unmittelbar  
tmäßig —  
Beuso wie  
e an  
Biete vom  
it. Aber  
— Das be-  
— über-  
gustellen.  
wurde sehr  
Eiere zu  
erwinden.  
Nur eine  
nchen, er  
n; nur  
00 Meter  
überall  
er sich  
g findet.  
n anlie-  
nem dort  
65 MtL  
ngsfähig-  
bei uns  
100 ist,  
Nur noch  
ng und.  
Millionen  
dank der  
auf den  
ultivier-  
arte  
ergah  
16 MtL  
Erde  
Opferische  
er Wüste  
und so

Neuport  
erfunden  
führte  
Sachen  
er fingen,  
heit des  
schrieben.

Bilder von  
Schweizer  
Schweizer

ombire mit  
dominanz,

mer

men Tag  
ue, Gra.

tere, tell-  
n Dinnen,

rtung

tr. 16.

en

urran  
he 28

bdhen  
n  
nbdhen  
ntragen

ein  
ndes-  
pkege?

n gebeten,  
1,2.4888  
bertragung.

Inhalt  
ergarten  
elobung  
t. abanp.

UNG,  
ommer,  
ten  
age 84  
n Buchs.